



55 Milliarden Euro – und der Ruf nach Neujustierung 55 Milliarden Euro – und der Ruf nach Neujustierung

Ute Pappelbaum

In ihrer Vorstandskolumne „Impuls aus der Spitze“ (Februar 2026) beschreibt Stefanie Stoff-Ahnis, stellvertretende Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes: Rund 55 Milliarden Euro hat die gesetzliche Krankenversicherung zuletzt für Arzneimittel ausgegeben. Damit bleibt der Bereich nach den Krankenhauskosten der zweitgrößte Ausgabenblock. Deutschland gehört im OECD-Vergleich zu den Hochpreisländern für verschreibungspflichtige Medikamente – bei gleichzeitig sehr frühem Zugang zu Innovationen.

„Die GKV muss die Arzneimittelpreisbildung neu justieren und sich dabei auf den Grundgedanken des AMNOG besinnen.“

Der Handlungsdruck ergibt sich nicht aus Einzelfällen, sondern aus der Ausgabendynamik des Systems.

Das Prinzip: Mehrnutzen als Maßstab

Mit dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz wurde 2011 ein Ordnungsrahmen geschaffen, der frühen Marktzugang mit Nutzenbewertung und anschließender Preisverhandlung verbindet. Der normative Kern ist eindeutig formuliert:

„Kein Mehr an Kosten ohne ein Mehr an Nutzen.“

Die Kritik des GKV-Spitzenverbandes zielt darauf, dass dieses Prinzip im politischen Alltag relativiert wurde. Sonderregelungen, industriepolitische Interessen

und veränderte Marktstrukturen haben die disziplinierende Wirkung abgeschwächt. Die Forderung nach einem „Zurück auf Los“ meint daher die Rückkehr zur ursprünglichen Steuerungslogik – nicht die Abschaffung des Instruments.

Systemgrenzen und staatliche Verantwortung

Im Generikabereich verschiebt sich der Fokus von der Preisfrage zur Versorgungssicherheit. Lieferengpässe, geopolitische Abhängigkeiten und fragile Produktionsketten haben die Verwundbarkeit offengelegt. Höhere Preise allein lösen dieses Problem nicht.

Stoff-Ahnis zieht hier eine klare finanzielle Grenze:

„Als GKV versichern wir Menschen gegen Krankheits- nicht gegen geopolitische Risiken.“

Industriepolitische Resilienz sei eine staatliche Aufgabe und dürfe nicht dauerhaft über Beitragsmittel finanziert werden.

Strukturelle Konsequenz

Die zentrale Frage lautet, wie medizinischer Fortschritt finanzierbar bleibt, ohne die Beitragsstabilität zu gefährden. Die Antwort der GKV-Spitze ist ordnungspolitisch gerahmt: Nutzenbewertung stärken, Preisbildung disziplinieren, Systemgrenzen respektieren.

Die Debatte um Arzneimittelpreise ist damit weniger eine Auseinandersetzung über einzelne Produkte als über die Tragfähigkeit des Finanzierungsmodells insgesamt. Entscheidend ist, ob das AMNOG wieder als verbindliches Steuerungsinstrument wirkt – und nicht nur als formales Verfahren.

Quelle:

[IMPULS AUS DER SPITZE: DIE VORSTANDSKOLUMNE](#)

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4948555/gesundheitspolitikarzneimittelpreise-amnog-zurueck-auf-los-analyse-2026/>